

Rechtsticker Nahverkehr

+++aktuelle Urteile+++neue Vorschriften+++Vergaben+++

Neue Vergaberichtlinien und Schwellenwerte

Die EU-Kommission hat angekündigt, noch im Jahr 2011 drei Legislativvorschläge für eine Revision der europäischen Vergaberichtlinien vorzulegen. Die Richtlinien 2004/17/EG für den Sektorenbereich und die Richtlinie 2004/18/EG für klassische öffentliche Auftraggeber sollen danach nicht überarbeitet, sondern durch eine neue, einheitliche Richtlinie ersetzt werden. Die EU-Kommission verspricht sich hiervon eine Reduzierung der Regelungen. Die sektorenspezifischen Unterscheidungen sollen aber beibehalten werden.

Kernpunkte sind eine Ausweitung von Verhandlungsverfahren und die verstärkte Berücksichtigung vergabefremder Zwecke. Daneben kündigte die EU-Kommission einen Vorschlag für die bereits mehrfach verschobene Richtlinie für die Vergabe von Bau- und Dienstleistungskonzessionen an. Der dritte Legislativvorschlag betrifft den Zugang von Drittstaaten zu den europäischen Vergabemärkten.

Außerdem sollen turnusgemäß ab 01.01.2012 die Schwellenwerte angepasst werden. Angesichts der anhaltenden Euro-Schwäche werden diese voraussichtlich angehoben, und zwar auf 5 000 000 € für Bauaufträge, 200 000 € für Liefer- und Dienstleistungsaufträge sowie auf 400 000 € für Sektoraufträge und 130 000 € für die



Dr. Ute Jasper



Dr. Kristina Neven-Daroussis



Dr. Daniel Soudry

HEUKING KÜHN LÜER WOJTEK
Düsseldorf

in § 2 VgV genannten Bundesauftraggeber. Da die VgV keine dynamische Verweisung enthält, gelten deren Schwellenwerte jedoch bis zu ihrer Anpassung in Deutschland weiter.

Recast des Ersten Eisenbahnpakets passiert EP

Die Neufassung des Ersten Eisenbahnpakets hat eine weitere Hürde genommen. Am 16.11.2011 hat das Europäische Parlament seine Position zum Recast angenommen. Die neue Richtlinie enthält weitreichende Neuerungen. Danach dürfen die Netzbetreiber ihre Trassenpreise künftig nicht mehr freihändig berechnen. Zudem sollen sie lärmabhängig erhoben werden. Auch die Wahl ihres Energieversorgers soll Eisenbahnverkehrsunternehmen fortan freigestellt sein. Unabhängige Regulierungsbehörden sollen innerhalb von vier Wochen über Beschwerden von Eisenbahnverkehrsunternehmen entscheiden. Schließlich müssen Gewinne, die im Infrastrukturbereich erwirtschaftet werden, zum Ausbau der Infrastruktur verwendet werden.

Trennung von Netz und Betrieb?

Die EU-Kommission hat Anfang 2011 ein Vertragsverletzungsverfahren gegen die Bundesrepublik Deutschland beim Europäischen Gerichtshof in Luxemburg eingeleitet. Grund ist unter anderem der Verdacht, die Töchter der Deutschen

Bahn könnten zulasten der Wettbewerber Informationen austauschen. Der Europäische Gerichtshof wird wohl 2012 darüber entscheiden.

Der Druck auf die Deutsche Bahn erhöhte sich zuletzt, nachdem EU-Verkehrskommissar Siim Kallas im Europäischen Parlament bekräftigte, noch vor Ende 2012 neue Vorschläge zur Trennung zwischen der Infrastruktur und dem Bahnbetrieb vorlegen zu wollen. Die Deutsche Bahn geht nun ihrerseits in die Offensive und versucht, die sich abzeichnende Zerschlagung auf Gesetzgebungsebene abzuwenden. Bahnchef Grube fordert, das EU-Recht anzupassen, falls der Europäische Gerichtshof den integrierten Konzern Deutsche Bahn für unvereinbar mit EU-Recht hält.